

- Es gilt das gesprochene Wort -

Eröffnung des Europapolitischen Dialogs im Landtag Brandenburg durch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke am 12.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,
sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer der Liveübertragung,

ich möchte Sie heute zu einer Premiere in unserem Plenarsaal begrüßen:
Wir erleben heute den ersten Europapolitischen Dialog im Landtag Brandenburg.

Ganz besonders freue ich mich, unsere Gäste begrüßen zu dürfen, die sich freundlicherweise bereiterklärt haben, einen Beitrag zu diesem Dialog zu leisten:

- Herr **Dr. Jörg Wojahn** leitet die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Schon im Juni war er zu einem Besuch hier im Landtag und hat im Europa-Ausschuss das Arbeitsprogramm der Kommission vorgestellt;
- Herr **Dr. Mark Speich** führt als Staatssekretär aus Nordrhein-Westfalen die deutsche Delegation im Europäischen Ausschuss der Regionen an, in dem auch die deutschen Bundesländer ihre Interessen im großen EU-Gefüge geltend machen können;
- Und nicht zuletzt Herr **Apostolos Tzitzikostas**, Gouverneur der griechischen Provinz Zentralmakedonien und seit diesem Jahr Präsident des Ausschusses der Regionen.

Präsident Tzitzikostas wird uns gleich in einer Videobotschaft in das Thema dieses Dialogs einführen: die „Aktive Mitgestaltung der Zukunft Europas durch die Regionen“.

Schon in diesem Titel stecken, wie ich finde, wichtige Anregungen und Erwartungen an die Regionen dieses großen Kontinents:

Die deutschen Bundesländer und die französischen Departements, die Wojwodschaften in Polen wie die tschechischen Regionen, zudem Städte und Gemeinden aus allen Mitgliedstaaten der Union:

Sie alle sind direkt oder mittelbar betroffen von Entscheidungen, die auf europäischer Ebene fallen.

Vor allem aber betreffen diese Entscheidungen und Weichenstellungen die Menschen in den Regionen Europas, die für sie Heimat sind und zugleich die unmittelbare, oft wichtigste politische Bezugsgröße.

Ob es um Gesundheit oder Bildung geht, den sozialen Zusammenhalt oder technologische Innovation, um Fragen des Verkehrs, der Energieversorgung oder des Klimaschutzes:

Die Rechtssetzung durch die EU-Institutionen wirkt sich vor Ort aus, und sie soll den vielfältigen Verhältnissen auf lokaler und regionaler Ebene gerecht werden.

Mitsprache und Mitgestaltung sind deshalb ein legitimer Anspruch der Regionen, wenn es um die Zukunft Europas geht.

Dass sie sich an der europapolitischen Diskussion aktiv beteiligen, dazu leistet der Landtag Brandenburg mit dem heutigen Dialog einen Beitrag.

Unser Bundesland liegt mitten in Europa, zwischen Ost und West, Nord und Süd. Brandenburg hat diese zentrale Lage im Laufe seiner Geschichte genutzt, um vielfältige und gute Beziehungen zu seinen Nachbarn zu knüpfen. Wir haben immer auf Verbindungen und Verbindendes gesetzt und wissen, dass unsere Gegenwart wie unsere Zukunft in Europa liegt.

In diesem Bewusstsein setzt auch der Landtag Brandenburg auf eine weitere Vernetzung von Parlamenten und Regionalvertretungen innerhalb der Union. Mit mehr Austausch und Zusammenarbeit stärken wir zugleich die Demokratie in Europa.

Denn das Miteinander in der Gemeinschaft kann nicht allein von oben beschlossen und durchgesetzt werden, aus den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten oder in Brüssel. **Die europäische Demokratie muss auch von unten wachsen, sonst gedeiht sie nicht.** Ohne Verwurzelung in den Regionen wäre Europa weniger transparent und am Ende weniger erfolgreich, als es möglich und angesichts der Weltlage auch dringend nötig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich auf den Europapolitischen Dialog und gebe das Wort an den Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Herrn Apostolos Tzitzikostas.